

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Streitfrage, ob dem spanischen Geschwader unter Admiral Camara die Durchfahrt durch den Suezkanal nach den Bestimmungen der Suezkanalfahrt vom Jahre 1888 zu gestatten ist oder nicht, ist noch nicht gelöst. Während ein Madrider Drahtheil, der gestern Abend eintraf, wissen wollte, Admiral Camara würde nach gestern von Port Said aus die Fahrt durch den Kanal fortsetzen, er habe die nötigen Mengen Kohlen an Bord, berichtete eine später eingegangene Meldung des „Bur. Reuter“ aus Kairo, daß das spanische Geschwader noch immer bei Port Said liege. Es sei noch keine Antwort bezüglich der Kohlenübernahme erteilt worden, da die ägyptische Regierung die Regelung der Frage nach internationalen Recht abwartet. Der von Washington aus verbreitete Drohung, daß ein Angriff der Amerikaner auf die kanarischen Inseln und die spanische Küste geplant sei, mißt die spanische Regierung, wie es in dem Madrider Drahtheil weiter heißt, keinen Glauben bei. Trotzdem habe sie Vorkehrungen für diesen Fall getroffen. Schiffe sind zu diesem Zweck bereit, und 26 000 Mann sind zu den Fahren einberufen worden. Diese werden auf die Hauptküsten am atlantischen Ozean und am mittelländischen Meer verteilt werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß die amerikanische Regierung in der That beabsichtigt, den Kriegsschiffen in die europäischen Gewässer zu verlegen, ist mehr als gering. Der militärische Mitarbeiter der „N. Allg. Ztg.“, die die Ansicht der hiesigen Regierungskreise wiederzuspiegeln pflegt, läßt sich darüber wie folgt aus:

So hat denn die eingeschlagene Richtung der Camaraschen Flotte bereits Veranlassung gegeben, daß der „Newport Herald“ aus Washington meldet, die amerikanische Regierung hätte beschloffen, ein Geschwader an die Küste Spaniens zu entsenden, um die spanischen Häfen zu beschießen; darauf würde es die Verfolgung Camaras aufnehmen. Zur Ausführung dieses Planes würde gehören: vorherige Vernichtung der Camaraschen Flotte, Bildung eines Landungskorps zur Ausbeutung der Bombardement, Vernichtung der mittlerweile fertig gestellten Schiffe des Reservergeschwaders an der spanischen Küste, Mitführen eines ungeheuren Kohlenvorraths, Landung, Erklärungen der von Theilen der spanischen Armee besetzten Punkte und deren dauernde Besetzung. Wenn dann dies alles durchgeführt wäre, so wird von dem „Newport Herald“ der Unionsflotte zugemutet, die Verfolgung Camaras aufzunehmen, diesem also durch den Suezkanal nachzueilen. Und das alles müßte gemacht werden, gestützt auf die Diktate Nordamerikas, als einzige Basis. Ueberdies wird dann aus Port Said von der „Tribune“ gemeldet, daß das wirkliche Ziel des Geschwaders Camaras Hawaii und dann San Francisco sei. Das wäre noch weiterer Stoff zu Kombinationen.

Aus Washington wird vom gestrigen Tage gemeldet: Admiral Sigsbee, der Kommandant des „St. Paul“, berichtet, er sei am 22. d. M. Nachmittags auf offener See in der Nähe von San Juan von einem nicht gekannten spanischen Kreuzer und dem „Terror“ angegriffen worden. Der „Terror“ sei auf den „St. Paul“ zugebrochen, der ihn erwartet und dann auf ihn gefeuert habe. Das feindliche Schiff sei dreimal getroffen, einer seiner Offiziere und zwei Leute der Mannschaft seien getötet, mehrere verwundet worden. Der „Terror“ habe sich darauf mit Schwierigkeit zurückgezogen und sei unter dem Schutze der Geschütze des Forts von San Juan in den Hafen gescheitert worden. Später seien ein Kreuzer und ein Kanonenboot aus dem Hafen ausgelaufen, aber innerhalb des Schutzbereiches der Forts geblieben. — Durch einen Erlaß des Präsidenten ist die Blockade des Cabo de San Juan zwischen dem Cabo Frances und dem Cabo de Cruz aufgehoben worden, auch San Juan de Puerto Rico ist in Blockadezustand erklärt. Den neutralen Schiffen ist eine Frist von 30 Tagen zum Verlassen des Hafens mit Abzug bewilligt. — Der Hilfskreuzer „Wale“ ist in Valparaiso eingetroffen und hat Verstärkungen gelandet.

Ein besonderer Berichterstatter des „Bur. Reuter“ meldet aus Manila vom 23. d. M.: Während der vergangenen Woche fanden ab und zu Feuerschiffe zwischen den verhassten spanischen Truppen und den Aufständischen statt, aber die letzteren haben nicht verstanden, nennend vorzurücken. Die Spanier behaupten, sie hätten die Aufständischen an einzelnen Punkten zurückgeschlagen, doch ist die Lage in Wirklichkeit ungewiß. Einige Freiwillige, die letzten auf die Schanzen besetzt waren, verweigerten den Gehorham und erklärten, nicht auf die Schanzen gehen zu wollen, so lange die regulären Truppen in der Stadt flanierten. Die Aufständischen richteten am 20. d. M. einige Geschosse auf die Kirche von Santa Ana. 2000 Personen sind angestellt, um eine Schutzwache von Sandhaken außerhalb des Festungsgrabens aufzurichten. Es geht das Gerücht, die Spanier werden die Vorstadt Malate niederbrennen, um das Borgelände zur besseren Verteidigung der Stadt freizulegen. Tausende von Vätern in der Umgebung der Zitadelle sind geflüchtet worden, der spanische Gärten ist jedoch verschont geblieben. Sobald die amerikanischen Truppen angelangt sind, werden die Spanier sich hinter die Umwallung und in die Zitadelle zurückziehen, man glaubt jedoch, der Widerstand werde nur platonisch sein. Ein französisches Kriegsschiff ist am 22. Juni von hier abgegangen, nachdem es die spanische Flagge salutiert hatte. Die Preise für alle Lebensmittel sind ungeheuer hoch.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser wird, wie gemeldet wurde, zur Zeit des diesjährigen Kaiserjubiläums in Dognhausen eintreffen. Als Tag der Ankunft wird jetzt der 5. September genannt. — Anlässlich des in der Zeit vom 3. bis 10. Juli in Leipzig stattfindenden 17. Bundeskongresses des mitteldeutschen Schützenbundes trifft der König von Sachsen am Abend, den 2. Juni, Abends, dortselbst ein. — Der Regierungs- und Gewerbeausschuss ist nach der „Danz. Ztg.“ von dem Handelsminister beauftragt worden, in den nächsten Tagen nach Wien, der gegenwärtig bedeutendsten Stätte der Bernsteinindustrie, zu reisen, um sich dort über alle in Betracht kommenden Fabrikationszweige zu informieren, im Hinblick auf den Uebergang der Bernsteinwerke der Firma Stantien u. Beder an den Staat. — Der zum Oberkonfessionalsrat ernannte bisherige Oberpräsidentialrat Hagemann in Schleswig wird seine neue Stellung als Vortragender Rath im Evangelischen Oberkirchenrat am 1. Juli antreten. Die Leitung des westfälischen Konfessionsrats in Münster übernimmt der neue Präsident Dr. Stöckmann erst im August. — Die gestrige Jahresversammlung der Abteilung der Hochschulfabrikanten des Vereins der deutschen Zuckerindustrie beschloß noch, die Bestrebungen bezüglich einer Ermäßigung der Eisenbahnfracht für den Zucker-Export nachdrücklich fortzusetzen. — Nach einem Beschluß des ober-schlesischen Städtetages soll den Kommunen angetragen werden, Baarenhäuser und Bäume mit einer Umfassung von 1 1/2 bis 4 v. H. zu belegen. Einzelverkaufsgeschäfte mit einem größeren Jahresumsatz als 40 000 Mark sollen einer gleichen Befreiung unterliegen. — Der Landrath des Landkreises Essen hat folgende Polizei-Verordnung erlassen: „Wer ohne Genehmigung Fahnen und Flaggen in anderen als den preussischen Landes-, den deutschen Reichs- und Landesfarben oder den Provinzial-, Kreis- und Gemeindefarben, sowie den kirchlichen Farben öffentlich aushängt, ausstellt oder trägt, ferner wer in Fällen, in welchen es geeignet erscheint, die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu untergraben, Zeichen und sogenannte Freiheitsbäume öffentlich ausstellt, oder wer Kolonnen, Bänder, Abzeichen in anderen als den Farben desjenigen Bundes öffentlich trägt, in welchem er staatsangehörig ist, wird, soweit nicht § 386 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung kommt, mit einer Geldstrafe von 30 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.“ Diese Polizeiverordnung richtet sich gegen die zahlreichen in dortigen Industriebezirk lebenden Polen, die auch in ihren neuen Heimat als Agitatoren und Demonstranten nicht lassen können. — Nachdem die Versuche, die auf Verfügung der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums mit der Anwendung des Auerlichts in den Militär-Lazarethen gemacht worden sind, die Vorträge des Auerlichts vor dem gewöhnlichen Gaslicht namentlich für die Krankenstuben ergeben haben, hat jetzt die Medizinal-Abteilung durch eine neuerliche Verfügung die allgemeine Einführung des Auerlichts in den mit Gasheizung versehenen Lazarethen genehmigt.

Deutschland.

Berlin, 29. Juni. Bei der gestrigen Wettfahrt des Rierl. Kaiserlichen Jachtclubs, an welcher 60 bis 70 Fahrzeuge theilnahmen, traf der Kaiser auf dem „Meteor“ 12 Uhr 46 Minuten und die Kaiserin auf der „Iduna“ 1 Uhr 25 Minuten in Eckernförde ein. Es herrschte trübes, stürmisches Wetter. Im Eckernförder Hafen lagen anlässlich der Weisfahrt viele Dampfschiffe, die Stadt hatte geflaggt.

Der Jubilationsszug nach Wien, welcher eine spontane Kundgebung der im deutschen Reich lebenden Deutschen und Ungarn aus Anlaß des 50jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers von Oesterreich bilden soll und an dem alle österreichisch-ungarischen Vereine im deutschen Reich theilnehmen, weckt in den betreffenden Kreisen das lebhafteste Interesse. Schon Hunderte haben ihre Theilnahme zugesagt und in Wien werden für den Empfang der Gäste große Vorbereitungen getroffen.

Nach den amtlich festgestellten Resultaten der Berliner Stichwahlen dürfte die Wahl Dr. Kreitzings im zweiten Wahlkreis kassirt werden. Das von dem Wahlkommissar Stadtrath Selberg unterzeichnete Protokoll giebt nämlich an, daß von den 268 als ungültig erklärten Wahlzetteln 12 auf den Namen des sozialistischen Kandidaten gültig lauten, die für gültig angesehen werden dürfen. Dadurch würde die jetzt nur 15 Stimmen betragende Mehrheit des freisinnigen Abgeordneten auf drei Stimmen reduziert, und da ferner festgestellt worden, daß in vier Fällen Winderjährige und außerdem ein Mann, der Armenunterstützung erhält, zur Wahl zugelassen worden sind, dürfte die Wahl kaum aufrecht erhalten bleiben. Diese Darstellung wird von freisinniger Seite bestritten.

Ueber die auch in Dortmund, wo Hilka (ul.) gegen Kitten (Soz.) gewählt wurde, am Abend der Stichwahl von sozialdemokratischer Seite hervorgerufenen Unruhen berichtet die „Rhein. Volksztg.“ Folgendes: Vor dem sozialdemokratischen Wahllokale versammelten sich eine große Menschenmenge und verhielten sich durch Pfeifen und Schreien die Polizei. Auf wie hoch Kitten; Nieder mit Hilka! wurden laut. Die Polizeibeamten verhielten sich ganz ruhig und irrten nicht ein, was zunächst auch keinen Zweck gehabt hätte; denn die in nicht genügender Stärke vorhandene Polizei wäre der Menge gegenüber doch machtlos gewesen. Die Menge nahm indeß eine immer drohendere Haltung an, sodaß schließlich die Polizei Verstärkung erbitten mußte. Nach dreimaliger Aufforderung, den Platz zu verlassen, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch und schändete mit derselben die Straßen. Mehrere Personen sind verwundet worden, auch wurden einige Verhaftungen vorgenommen. In der Nähe des Steinplatzes und auf dem zum Fiedebaum führenden Münsterstraße wurden viele Kartenscheiben entzweiwerkworfen. Um 12 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt.

Aus Posen wird der „Elbinger Zeitung“ geschrieben, daß bei der Hauptwahl für den Kandidaten der polnischen Volkspartei in Posen, den Schuhmachereister Herrn Andrzejewski, Stimmzettel mit folgender Aufschrift vorausgeschickt wurden: „Stanislaw Andrzejewski, z. Posaunian, alio Sw. Marcin.“ Die Wahlvorsteher hätten diese nicht in der deutschen Amtssprache ausgefertigte Stimmzettel für ungültig erklären sollen. Wäre das geschehen, so wäre der Kompromisskandidat der Konfessionen, National-Liberalen und nationalen Freisinnigen, der national-liberale Kommerzienrath Hügger, mit dem polnischen Parteileiter Motzky in die Stichwahl gekommen. Die Wahl wird selbstverständlich angefochten werden, wenn thatsächlich ungültige Stimmen abgegeben wurden.

Das Hauptorgan der schlesischen Ultramontanen, die „Schlesische Volksztg.“, hatte sich

mit der Führerschaft der konservativen Fraktion im neuen Reichstage beschäftigt und gemeint, Freiherr v. Manteuffel könne für die aktuelle Zeitung als Hinterfrontmarschall kaum in Betracht kommen; Herr v. Rebeckow sei interimistisch der Führer, möchte aber im nächsten Winter lieber nicht mit dem Gespann fahren; hiernach konkurrierte nur Herr Graf Limburg-Solms mit Herrn Grafen v. Kintowström. Dazu bemerkt die „Kreuzztg.“: „Das ist etwas viel auf einmal zusammenphantasirt. Freiherr v. Manteuffel ist nicht weniger als Hinterfrontmarschall, er ist als Vorkämpfer unseres Parteivorstandes notorisch der Führer der Partei. Herr v. Rebeckow ferner ist niemals interimistischer Führer der Reichstagsfraktion gewesen, sondern als solcher einstimmig gewählt; von seiner Abneigung, den Fraktionsführer zu führen, ist uns nichts bekannt; wir sind vielmehr davon überzeugt, daß der hochverehrte Herr auch für die Folge die Bürde des in Rede stehenden Amtes übernehmen wird.“

Nachdem die süddeutsche Blättermeldung, Abgeordneter Gröber käme für den Posten des Reichstagspräsidenten in Betracht, demeritirt worden ist, präsentiert die „Germania“ als neuen Präsidialkandidaten des Zentrums den jetzt wieder in den Reichstag gewählten Grafen Vasseström.

Aus Danzig, 28. Juni, wird gemeldet: In der heutigen Vorstandssitzung der deutschen Kolonialgesellschaft wurde ein Antrag des Präsidiums, Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg, betreffend den Verzicht der Reichsangehörigen, angenommen. Derselbe geht dahin, daß nur derjenige die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren soll, der einen darauf bezüglichen Antrag stellt. Es wurde dann ein Antrag Boshens, Auserow angenommen, für die deutsche Congo-Expedition 25 000 Mk. zu bewilligen und den Reichstanzler zu ersuchen, Maßnahmen zur Wahrnehmung der deutschen kolonialen Interessen in Zentralafrika zu ergreifen. Ferner wurde beschlossen, beim Reichstanzler die schärfste weitere Erforschung der kochischen Malariaerkrankung und Einstellung besonderer Mittel in der That zu diesem Zweck zu befehlen. Die Herbstversammlung des Vorstandes findet in Breslau, die nächste Hauptversammlung in Berlin statt.

In Gunsten der Verwundeten und Kranken im spanisch-amerikanischen Kriege wird sich das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Nothen Kreuz demnächst mit einem Aufrufe an die Öffentlichkeit wenden. Die aufgetragenen Mittel sollen den beiden Parteien zu gleichen Theilen zu Gute kommen. Wie „Das Nothe Kreuz“ mittheilt, wird das Zentralkomitee die Sammlung mit einem namhaften Beitrag eröffnen, und sind ebenfalls von zahlreichen Stellen des Vereins in Aussicht gestellt.

Die Kommission für Arbeiterstatistik trat am Montag unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zusammen. Als Kommissare des Staatssekretärs des Innern wohnten der Geheimde Obergerungsrat Dr. Wilhelm sowie die Regierungsräthe Koch und Dr. Buhdorff, als Kommissare des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe der Geheimde Obergerungsrat Dr. Neuhaus und der Regierungsassessor Neumann und im Auftrage des Senats zu Hamburg der Fabrikinspektor Giesecke den Verhandlungen bei. Zur Beratung standen nach dem „Reichsanzeiger“ 1. die Erhebung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen, 2. die Erhebung über die Verhältnisse der in Gas- und Schachtwirtschaften beschäftigten Personen, sowie 3. die Erhebung über die Sommersarbeit im Innenschiffahrts- und Flößereibetriebe.

In einer Ansprache an die Mitglieder des Reichstages für das Auswanderungswesen dankte Direktor Reichardt im Namen des Reichstanzlers den Mitgliedern, daß sie sich in den Dienst einer Sache gestellt, an deren Förderung der Reichstanzler das wärmste Interesse nimmt. Der Reichardt soll als Vertreter des Reichstanzlers bei der Ausübung der diesem im Auswanderungsgesetz zugewiesenen Befugnisse mitwirken, namentlich die Fühlung mit den verschiedenen in Betracht kommenden Interessentenkreisen sicher stellen. Es liege in der Natur der Sache, daß in einer derartigen Körperschaft unter Umständen die Interessengegenstände scharf vertreten und daß solche Meinungsverschiedenheiten durch das Bewußtsein der nur beratenden Bedeutung der Befugnisse gelegentlich noch verschärft werden. Aber der Kampf der Meinungen werde dann der Sache zum Segen gereichen, wenn jeder der Ansicht des Andersdenkenden ein ganzes Versteckwollen entgegenbringt, wenn die verschiedenen Meinungen alle auf dasselbe vaterländische Ziel gerichtet sind, das zu erreichen der oberste Zweck des neuen Auswanderungsgesetzes ist. Der Direktor beschloß schließlich den Reichardt der treuen, vollen Mitwirkung seinerseits.

Zu der Meldung, daß im vergangenen Jahre bereits bei Gelegenheit einer vom Generalmajor v. Rabe kommandirten Uebung scharfe Schiffe abgegeben worden seien, erhält die „Kreuzztg.“ von dem kommandirenden General des 17. Armeekorps v. Lenke folgende Erklärung: „Generalmajor v. Rabe hat allerdings im vorigen Jahre auf dem Truppenübungsplatz Gruppe das Kommando einer gemischten Brigade geführt; hingegen ist es unrichtig, daß damals oder bei anderer Gelegenheit in seiner Gegenwart scharfe aus der Truppe geschossen worden wäre. Ebenfalls hat er eine bezügliche Untersuchung geschweht.“

Im Reichsjustizamt ist die Frage der Gestaltung der zukünftigen Thätigkeit des Reichsgerichts nach den Beschüssen des Reichstags zu der Zivilprozessreform-Novelle fortgesetzt im Gegenstand erörtert. So sicher die Gesetze des Reichsgerichts nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der zugehörigen Justizgesetze eine starke Steigerung erfahren werden, so schwierig ist es, Mittel und Wege zu finden, der Ueberbürdung des Reichsgerichts Einhalt zu thun, nachdem der Reichstag es abgelehnt hat, den Regierungen auf dem von diesen vorgeschlagenen Wege einer Erhöhung der Reichstagssumme zu folgen. Sicherem Vernehmen nach sind sämtliche Vorschläge, welche im Reichstags, in der juristischen Fachpresse und sonstwo mit Bezug auf diese Frage zum Vorschein gekommen sind, an zuständiger Stelle einer wiederholten eingehenden Prüfung unterzogen worden.

Wenn auch von bestimmten Beschüssen dabei kaum gesprochen werden kann, so läßt sich doch sagen, daß von allen Vorschlägen, welche außer der Erhöhung der Reichstagssumme gemacht worden sind, kein einziger Aussicht auf Annahme seitens der Regierungen hat. Es gilt das in erster Linie von dem schon in der Reichstagskommission abgelehnten und jüngst von der „Deutschen Juristen-Zeitung“ wieder aufgenommenen Vorschlag, die Plenarentscheidungen dadurch einfacher zu gestalten, daß das „Plenum“ nur die Mitglieder der beiden einander widersprechenden Senate vollständig und nach allen anderen Senaten nur je zwei Mitglieder umfaßt. Diesem Vorschlag gegenüber wird nach wie vor der Gesichtspunkt als maßgebend betrachtet, daß es unmöglich erscheint, die nicht vollständig besetzten Senate auf Entscheidungen zu binden, bei denen sie nur in so untergeordnetem Maße haben mitwirken können. Auch der Vorschlag einer stärkeren Vermehrung des Personalbestandes des Reichsgerichts kann nicht auf Verwirklichung rechnen, da man die Gefahr einer weiteren Lockerung in dem Verbands des Reichsgerichts nicht übernehmen zu können glaubt. Die bestimmten Erklärungen abweisender Natur, welche der Staatssekretär des Reichsjustizamts im Reichstags, allen dahingehenden Vorschlägen entgegen gestellt hat, trügen zwar zum Theil einen mehr persönlichen Charakter, doch ist es als sicher zu betrachten, daß die Regierungen keine Abschnürungen durchaus theilen und im Interesse einer gesunden Rechtsprechung zu handeln glauben, wenn sie ihre Stellungnahme darnach einrichten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Leger: Offiziere des baltischen Infanterieregiments Nr. 7 trafen zum Besuch der Offiziere des hiesigen Infanterieregiments hier ein. Auf dem Bahnhofe fand ein kameradschaftlicher Empfang statt, dem die Besichtigung der Stadt folgte. Das hiesige Offizierskorps giebt Abends zu Ehren der deutschen Offiziere ein Diner und eine Reunion.

Leipzig, 28. Juni. Bei der Miedewitz-Feier trug sich beim Schriftsteller-Bankett ein kanakisches Intermezzo zu. Der Petersburger Abvokat Dr. Spasowicz, ein „Ausgleichs-“, trau auf das Wohl der russischen Brüder. Der Moskauer Universitäts-Professor Dr. Brandt, ein Russe, verlas jedoch einen polnischen Text, was Bewegung hervorrief. Brandt erinnerte, daß Miedewitz die brüderliche Vereinigung der Slaven, die Russen indogriechen, herbeigeführt habe. Allein die heilige Bezeichnung „Zar“ ... (in diesem Augenblicke verlassen die anwesenden polnischen Sozialisten den Saal) habe Miedewitz in Verbanung als Synonym mit Tyrann gebraucht. (Im Saale Entrüstung, es wird ge- pfiffen.) Brandt macht auf die „Taktlosigkeit der Sozialisten“ aufmerksam. Der Abg. Dr. Solomowski erklärt: Worte werden mit Worten beantwortet; nach herzlichen Worten erwarten wir herzliche Thaten (Beifall). Brandt und Spasowicz verlassen den Saal.

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Das Ministerium hat sich endgültig in folgender Zusammenfassung konstituiert: Brisson Vorsitz und Inneres, Delcasse Aeußeres, Peytral Finanzen, Sarrien Justiz, Bourgeois Unterricht, Cabanis Krieg, Rocher Marine, Trépolet Kolonien, Maréjoul Handel, Viger Landwirtschaft, Senator Tillaye öffentliche Arbeiten, Halle Staatssekretär des Innern, Mongeot Posten und Telegraphen.

Spanien und Portugal.

Zweimal hat Infantin Isabella von Spanien, je sechs Jahre mit dem Titel einer Prinzessin von Asturien, die Anwartschaft auf den Thron Spaniens bekleidet, und zweimal hat sie wieder zurücktreten müssen, um nun vielleicht doch noch, wenn auch nicht Königin, so doch Regentin eines Landes zu werden, dem sie mit Leib und Seele anhängt. Geboren 1851 als ältestes Kind der Königin Isabella von Spanien, galt sie bis 1857, bis zur Geburt ihres Bruders Alfons für die einzige Thronfolgerin, und wieder, als 1874 ihr Bruder zur Regierung kam, war sie als seine älteste Schwester so lange Prinzessin von Asturien, bis sie diesen Titel seiner ältesten Tochter, der 1880 geborenen Infantin Maria de las Mercedes abgab. Donna Isabella ist das beliebteste Mitglied der spanischen Königsfamilie, sie versteht das Volk, wie kein Anderer und wird in Allem von ihm verstanden. Sie ist völlig spanischer. Sie macht dem Volke jede Konzeption, um die Zusammengehörigkeit mit ihm zu beweisen. Sie fehlt bei keinem Sterbegottesdienst, keiner öffentlichen Schaustellung, und trägt stets den traditionellen Schleier der Spanierinnen, der ihr übrigens brillant steht. — Im Alter von 16 1/2 Jahren dem jüngsten Bruder des Königs von Neapel, dem Grafen Giganti vermählt, wurde sie wenige Tage vor ihrem zehnjährigen Geburtstage wieder Wittve, und da kein Kind sie festsetzte, kehrte sie nach des Bruders Thronbesteigung 1874 nach Madrid zurück, wo sie im königlichen Residenzschloß eine Stube kostbar eingerichteter Zimmer bewohnt. Ihre erste Schwägerin, zugleich ihre Cousine, war ihr nicht besonders sympathisch, desto mehr Erbprinzessin Marie Christine, so verhielten sich auch Grafar und Neigungen beider stürmischen Frauen. — „Donna Isabella“ ist die Vertraute der Regentin, die auch stets ihre Kinder der Obhut dieser Schwägerin anvertraute, wenn die Verhältnisse eine Trennung erforderten. Man sagt, Erbprinzessin Isabella, die jetzt längere Zeit bei ihrer Tochter, der Königin-Regentin gewohnt, habe ebenfalls zugerechnet, daß Königin Marie Christine die Jügel der Regierung in dieser wirren Zeit den energiegelassen Händen der Gräfin Giganti anvertrauen sollte. — Jedenfalls ist sie die Einzige, der das Volk augenblicklich blindlings folgen würde.

England.

London, 28. Juni. Unterhaus. Drage fragt, ob der russische Finanzminister die Devisenfranke davon benachtheiligt habe, daß Port Arthur als russisch betrachtet werde, und ob das zu bedeuten habe, daß russische Waaren aus europäisch-russischen Häfen in Port Arthur frei seien von den Zöllen, denen englische Waaren unterworfen seien. Redner fragt weiter, ob die englische Regierung der russischen Vorstellungen hierüber gemacht habe. Curzon erwidert, er habe

von keiner derartigen Mittheilung gehört, auf die in der ersten Anfrage hingewiesen worden sei, er könne daher nicht sagen, was diese Mittheilung bedeute. Port Arthur sei nie Vertrags-hafen oder Handelshafen gewesen. Der englische Gesandte Macdonald habe gemeldet, daß die Leuchtthurmbeamten von Siontleschan entlassen und durch Russen ersetzt worden seien. Der Leuchtthurm selbst sei auf dem Gebiete, das an Rußland verpachtet sei. Der Leuchtfeuerdienst sei ein Zweig des chinesischen Zollwesens. Er glaube aber nicht, daß das deshalb befragt worden sei. Walton fragt, ob die jüngst von China erlassenen Reglements für die inländische Dampfschiffahrt das Privilegium auf die Provinzen der Vertragshäfen beschränken und den Dampfern das Schleppen durch Schiffe Ein-gesparten verbieten. Redner fragt, ob die Regierung auf die Erschließung der internen Schifffahrt auf allen chinesischen Flüssen bestehen werde, so daß britische Waaren auf britischen Schiffen nicht nur den Vertragshäfen, sondern auch allen Flußhäfenstationen im ganzen Inneren Chinas zugeführt werden können, und so das ursprüngliche Abkommen ausgeführt werde. Curzon erwidert, die Reglements enthielten die erwähnte Beschränkung, die zweite nicht. Die britische Regierung werde darauf bestehen, daß die Reglements in befriedigendem Sinne revidirt würden. — Courley fragt, ob Marinesoldaten und Matrosen mit Genehmigung Deywets von Großbritannien und anderen europäischen Mächten zum Schutze ihrer Staatsangehörigen auf Manila gelandet seien. Goshen erklärt, es sei kein Bericht über eine solche Landung eingetroffen. Dagegen fragt, ob es sich bestätigte, daß die spanische Regierung Abmachungen getroffen, wonach das spanische Geschwader durch den Agenten einer britischen Firma in Port Said mit Kohlen versehen werde, und ob gemäß der Neutralitäts-erklärung Vorkaufsmaßregeln getroffen seien, daß nur genügende Kohlen geliefert werden, damit die Flotte den nächsten spanischen Hafen erreichen könne. Balfour erwidert, die Regierung habe keine Information im Sinne des ersten Theiles der Anfrage erhalten, die ägyptische Regierung werde in ägyptischen Häfen Neutralität ebenso wie England in den britischen Häfen beobachten.

Asien.

Peking, 28. Juni. (Meldung des „Reuter-schen Bureaus“.) Ein kaiserlicher Erlaß ist gestern veröffentlicht worden, der den Direktor der Peking-Hankow-Eisenbahn, Sheng, ernstlich tadelt wegen Verzögerungen beim Bau der Linie. Man nimmt an, Sheng werde in Folge dieses Erlasses gezwungen sein, in die Bedingung zu willigen, daß der französische Gesandte als Schiedsrichter fungire, einer Bedingung, der sich das Tjingli Yamen bisher lebhaft widersetzt hat.

Arbeiterbewegung.

In Hamburg veröffentlicht die Innungs-meister eine Liste von 295 Bädereien, welche die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt haben; dagegen zeigt das Ausstandskomitee an, daß 127 Bädereien, die 406 Gefellen beschäftigen, die Streitfragen geregelt haben. — In Nordhausen ist von der Innung der Maurer- und Zimmer-meister in einer Sitzung, die auf Wunsch der Ausstandskommission der Maurer einberufen worden war, von der Innung im Beisein der Kommission die geforderte Lohnerhöhung für 1898 abgelehnt, dagegen die Erhöhung des Stundenlohns von 33 auf 35 Pf. für den 1. April 1899 zugesagt worden. — In Anklam befinden sich noch immer eine Anzahl Maurer und Zimmerer im Ausstand und diese blieben dem üblichen Quartalsfest am Montag fern. Die streikenden Gefellen machten sich außerdem durch einen großen Aufzug bemerkbar, indem sie aus dem Fenster des Kaufmanns Berner'schen Hauses ein an einen Stab gebundenes rothes Tischtuch heranstreckten, als der Festzug am Laufe vorbeizog. Auch hatten die Streikenden ihren Einfluß auf acht Junggefallen in einer für die Letzteren nachtheiligen Weise ausgeübt, da die Junggefallen auf deren Rath der feierlichen Theilnahme der Gefellen-Zeugnisse in Tiede's Garten ferngeblieben waren. Auf Innungsbeziehung zur Strafe den acht Junggefallen das Zeugnis 4 Wochen lang vorenthalten werden. — Auch in Berlin haben die Bädereigenen, wie der Berliner Bädereinnung mitgetheilt worden ist, in der nächsten Woche in den Streik eintreten wollen, um gleich ihren Hamburger Kollegen die Abschaffung des Stolz- und Logiswesens sowie einen festen Minimallohn zu fordern. Der Plan soll jedoch wieder aufgegeben worden sein, da aus Hamburg über den Stand des dortigen Streikes ungünstige Meldungen eintreffen. Der Berliner Bädereinnung ist gestern von dem Vorstände der vereinigten Innungen zu Hamburg, Altona und Wandsbek mitgetheilt worden, daß es nicht mehr nöthig sei, aus Berlin Gefellen und ältere Lehrlinge dorthin zu senden, da genügend Arbeitskräfte vorhanden seien.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. Juni. Dem Wahlkampferlegen ist die „Stettiner Morgen- und Abend-Zeitung“, dieselbe geht mit Ende dieses Monats ein. Trauernde Freunde hinterläßt dieselbe wohl nur in sehr geringer Zahl, denn durch die Art und Weise ihrer Wahlagitiation hat sie wohl selbst die wenigen früheren Freunde verloren.

Unter dem Verdacht des Diebstahls wurden hier der Fleischer Otto Wackerman und der Arbeiter Johann Drowsky, beide ohne Domicil, verhaftet. Ihnen wurde eine silberne Zylinderuhr nebst Kette abgenommen, die gekündigt am Bahnhof „geklübert“ worden ist. Ferner haben die Spitzbuben einen Einbruchdiebstahl begangen, der kürzlich auf einem Grundstück an der Berliner Chaussee ausgeführt wurde, sie wollen dort aber nur einige Güter erbeutet haben. Der Name des Verklachten konnte bisher nicht ermittelt werden. — Wie vorfristig man Insekten in die beachtlich soll, leidet wieder ein Fall aus Pommern, dort war der Förster und Amtsvorsteher Mittag von einem Insekt gestochen worden, ohne daß er dies weiter beachtete, bald stellte sich Blutergußung ein, welche den Tod des sehr rüstigen und allseitig beliebten Mannes zur Folge hatte.

